

## Willeke: Volkswirtschaftslehre

03.09.2007

### Wdh.

- die Quote der **Sucharbeitslosigkeit** ergibt sich als Summe der Quoten
  - **Fluktuations-Arbeitslosigkeit**  
⇒ durch Wechsel des AG bedingt
  - **friktionelle** Arbeitslosigkeit  
⇒ wenn beim AG-Wechsel Schwierigkeiten entstehen
- man unterscheidet
  - **strukturelle** Arbeitslosigkeit und  
⇒ z.B. durch technische Veränderungen  
⇒ unterscheidet: Freisetzungstheorie vs. Kompensationstheorie
  - **konjunkturelle** Arbeitslosigkeit,  
⇒ Spiegelbild der Konjunktur

wobei man heute im Ggs. zu früher der strukturellen AL mehr Gewicht gibt

### Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

- betrachtet mal AL als systemimmanent („AL als Systemfehler“), gibt es zwei Interpretationen:
  - bei der **klassischen** Betrachtung („klassische AL“) werden die Arbeitsmärkte als Märkte im konventionellen Sinne interpretiert, die Preise sind dann Löhne, das „Preisniveau“ spiegelt sich in der Quote der Lohndruck-AL wider
  - **keynesianische** AL hingegen meint, dass die Selbstheilungskräfte des Marktes nicht ausreichen, um Vollbeschäftigung zu erreichen, Ursache sei eine Nachfragerlücke; dabei wird unterschieden:
    - die **weiche Variante** unterstellt zyklisch auftretende AL wg. konjunktureller Rückschläge
      - ⇒ diese Überlegung war Grundlage des StabG
      - ⇒ in der Rezession soll der Staat Schulden aufnehmen, die er in der Hochphase zurückzahlt; die 1970er und 1980er zeigten, dass der Staat nicht zu dieser antizyklischen Politik in der Lage ist<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> erst seit einigen Jahren gibt es eine Konsolidierungspolitik mit dem ersten Ziel fehlender Neuverschuldung, erst danach (im Jahre 2011/2012) kann an eine mögliche Reduktion der Schulden gedacht werden

- in der **harten Variante** der Theorie („Stagnationstheorie“) geht man von einer dauerhaften AL aus
    - ⇒ der Staat muss sich also dauerhaft verschulden
    - ⇒ es zeigt sich, dass die Stagnationsannahmen falsch waren: GB hatte eine full-employment-policy und musste mit 10–12% Inflation leben, – erst in den 1970ern steuerten die zentralen Notenbanken um und folgten dem Monetarismus
- die heutige Politik ist getragen vom „**makroökonomischen Konsens**“<sup>2</sup>, in dessen Rahmen
  - ⇒ eine Inflation von etwa 2% und
  - ⇒ eine AL-Quote in Höhe der natürlichen AL angestrebt werden; bei dieser Inflation bilden sich noch keine starken Inflationserwartungen
- unterscheidet
  - **Sockelarbeitslosigkeit** und
    - ⇒ Sammelbegriff für AL während der Hochkonjunktur
    - ⇒ seit den 1970ern stetig steigend von Zyklus zu Zyklus<sup>3</sup>
    - ⇒ spiegelt die unflexible Wirtschaftsgesellschaft (z.B. fehlende geografische Dynamik von Arbeitssuchenden)
  - **natürliche Arbeitslosigkeit**
    - ⇒ meint jene AL-Quote, die erforderlich ist, damit sich keine sich beschleunigenden Inflationserwartungen (wie es z.B. bei einer AL-Quote < 4% der Fall wäre)
    - ⇒ auf Teilarbeitsmärkten ergäben sich beim Unterschreiten der nat. AL-Quote Engpässe und die Löhne stiegen, – täten sie das über die Steigerungen der Produktivität hinaus, käme es zu Kostensteigerungen und Inflationserwartungen
    - ⇒ die Quote der nat. AL ist von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft unterschiedlich<sup>4</sup>, – je höher die Beweglichkeit des Arbeitsmarktes, desto niedriger ist die nat. AL

**Bankenkrise**

In den USA haben private Haushalte auf Kredit gebaut, wobei die Banken selbst bei schlechten Risiken die Finanzierung übernahmen. Die Institute gingen davon aus, dass sie selbst beim Ausfall über die Immobilien (der stetig steigenden Preise wegen) positiven Ertrag hätten, was nun nicht der Fall ist. Die Befürchtung ist nun, dass aufgrund der Krise auch der private Konsum sinkt und letztlich auch der Realsektor einen Dämpfer bekommt.

## Geld und Geldwert

- **Geld** definiert sich durch seine volkswirtschaftliche Funktion:
  - ⇒ Tausch- und Zahlungsmittel
  - ⇒ Recheneinheit (Rechenmaßstab)
  - ⇒ Wertaufbewahrungsmittel<sup>5</sup>
  - ⇒ gesetzliches Zahlungsmittel<sup>6</sup>

Der **Nominalzinssatz** (Marktzinssatz) abzgl. Inflation ergibt den **Realzinssatz**.

der **Geldwert** entspricht der Gütermenge, die man für eine Geldeinheit kaufen kann; man definiert einen Warenkorb, um Veränderungen des Geldwerts festzustellen

- der Durchschnitt aller Preise ist das **Preisniveau**; wenn das Preisniveau steigt, sinkt der Geldwert:

$$GW = \frac{1}{\text{allg. Preisniveau}}$$

<sup>2</sup> auch: makroökonomischer Kompromiss

<sup>3</sup> Ausnahme: aktuelle Hochphase

<sup>4</sup> USA: ca. 4%, BRD: ca. 4,5%, EU: ca. 4,5%

<sup>5</sup> der Vorteil, Vermögen als Barmittel zu halten, ist die hohe Verfügbarkeit, der Nachteil ist die inflationsbedingte Entwertung statt der Geldmehrung durch Zinsen (Keynes befürchtete ein Nachfragedefizit durch das Sparen mit Barmitteln)

<sup>6</sup> nach dem BGB müssen Gläubiger das Geld zur Schuldentilgung akzeptieren

- nach der **Verkehrsgleichung** entspricht das Produkt aus der Zahl der Käufe bzw. dem „Handelsvolumen“ (P) und dem allg. Preisniveau (Y) dem Produkt der Geldmenge (M) und der Umlaufgeschwindigkeit (v):  $P \cdot Y = M \cdot v$   
das allgemeine Preisniveau ergibt sich demnach zu:  $Y = \frac{M \cdot v}{P}$   
⇒ für kurze Zeitspannen kann man die Umlaufgeschwindigkeit als konstant annehmen; dann ist der Geldwert stabil, wenn sich die Geldmenge im Ausmaß der Wachstumsrate entwickelt
- um die **Preisentwicklung** zu verfolgen wird regelmäßig der **harmonisierte Verbraucherpreisindex**<sup>7</sup> HVPI<sup>8</sup> veröffentlicht, dem ein konsumenten-orientierter Warenkorb zugrunde liegt

## Inflation

- **Inflation** – der Wertverlust der Geldeinheit – definiert sich als Prozess ansteigenden Preisniveaus mit der Tendenz zur Selbstbeschleunigung
- Inflation kann zwei Ursachen haben
  - **nachfrageinduzierte Inflation („Preisdruckinflation“)**
    - ⇒ die Gesamtwirtschaft hat einen Nachfrageüberhang, der zu steigenden Preisen führt
    - ⇒ falls die EZB dem Maastrichter Vertrag folgend Staaten kein zusätzliches Geld zur Verfügung stellt<sup>9</sup>
    - ⇒ Nachfrageausweitung durch Geldmengenausweitung
  - **angebotsinduzierte Inflation („Lohndruckinflation“)**
    - ⇒ eine kosteninduzierte Inflation, z.B. durch Kostensteigerungen bei den Rohstoffen
    - ⇒ Versuch, Mehrkosten auf den Käufer abzuwälzen führt zur Inflationssteigerung
      - Inflationierung entsteht noch nicht durch die Mehrkosten, dadurch kommt es nur zum Wunsch der Überwälzung
      - das Überwälzen der Mehrkosten klappt nur bei entsprechender Kaufkraft
      - hebt die EZB die Zinsen an, kann sie die Inflation stoppen, aber nur unter Inkaufnahme der Reduktion wirtschaftlichen Aufschwungs

<sup>7</sup> auch: Verbrauchsgüterindex

### <sup>8</sup> **Harmonisierter Verbraucherpreisindex HVPI**

Für europäische Zwecke berechnet das Statistische Bundesamt zusätzlich zum Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) und dem Preisindex für den Einzelhandel seit 1997 auch einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland. Der HVPI wird zur Inflationsmessung in internationalen, meist innereuropäischen Vergleichen herangezogen. Er wird nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren berechnet und spiegelt die Preisentwicklung in den einzelnen Staaten wider, wobei von den nationalen Verbrauchsgewohnheiten ausgegangen wird. Der HVPI dient u. a. zur Messung des Konvergenzkriteriums Preisstabilität, um beurteilen zu können, ob ein Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beitreten kann. Der HVPI wird für die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), für Norwegen und für Island berechnet. Ferner wird er zu Aggregaten für die Eurozone (Verbraucherpreisindex für die Europäische Währungsunion – VPI-EWU), für die EU (Europäischer Verbraucherpreisindex – EVPI) und für den Europäischen Wirtschaftsraum (Verbraucherpreisindex für den Europäischen Wirtschaftsraum – VPI-EWR) zusammengefasst. Die Europäische Zentralbank nutzt den VPI-EWU für ihre Währungspolitik zur Beurteilung der Preisstabilität innerhalb der Eurozone.

**Berechnung des HVPI:** der HVPI fußt auf einer in Verordnungen der Europäischen Kommission und ergänzenden Leitlinien festgelegten Methodik. Er richtet sich wie der deutsche Verbraucherpreisindex (VPI) nach der international angewandten Classification of Individual Consumption by Purpose (COICOP) und wird weitgehend vom VPI abgeleitet. Insbesondere wird die Preiserhebung für den deutschen VPI auch für die Berechnung des deutschen HVPI genutzt. Der HVPI misst – wie auch der deutsche Verbraucherpreisindex – nur reine Preisveränderungen. Dies wird dadurch erreicht, dass die Kosten für ein im Zeitablauf quantitativ und qualitativ unverändertes Bündel von Konsumgütern ermittelt und verglichen werden. Bei den Berechnungen werden deshalb die Verbrauchsstruktur und alle für die Höhe des Preises maßgeblichen Faktoren (u.a. Mengeneinheit, Vertriebsweg, Liefer- und Zahlungsbedingungen) konstant gehalten. Ändert sich eines dieser Merkmale, so kann die Differenz zwischen dem neuen und dem zuletzt gemeldeten Preis eine unechte Preisveränderung enthalten, die anhand verschiedener Qualitätsbereinigerungsverfahren eliminiert wird. Der HVPI ist ein Laspeyres-Preisindex und wird formal als Kettenindex berechnet. In Deutschland werden die Gewichte des Index im Fünf-Jahres-Turnus überarbeitet, wobei die Gewichtsangaben für den HVPI jedes Jahr auf die Dezember-Preise des Vorjahres aktualisiert werden. Den aktuellen Gewichtsangaben liegen Verbrauchsstrukturen des Jahres 2000 zu Grunde. Die Erfassungsbereiche des deutschen VPI und des deutschen HVPI unterscheiden sich im Wesentlichen durch die zusätzliche Einbeziehung des vom Eigentümer selbst genutzten Wohneigentums und der Kraftfahrzeugsteuer im deutschen VPI. Im Jahr 2003 werden jedoch Studien durchgeführt, in denen eine mögliche Einbeziehung der Ausgaben der Eigentümer nach dem Nettoerwerbskonzept untersucht wird; Überlegungen zur Einbeziehung der Kraftfahrzeugsteuer in den HVPI gibt es derzeit nicht. [Simplicity GmbH, 2002]

<sup>9</sup> verdrängen staatliche Kreditwünsche private, so spricht man vom „crowding-out-Effekt“ und es kann zu Hyperinflation (besonders starke Inflation mit Inflationsraten von mehreren 1.000 Prozent p.a.) kommen, die möglicherweise erst mit einer Währungsreform beendet werden kann